

Satzung

über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Westerstede außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben

Aufgrund der §§ 6 und 83 der Niedersächsischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 22. 08. 1996 (Nds. GVBl. S.383), der §§ 26 und 28 des Niedersächsischen Gesetzes über den Brandschutz und die Hilfeleistungen der Feuerwehren (Niedersächsisches Brandschutzgesetz - NBrandSchG) vom 08. 03. 1978 (Nds. GVBl. 5. 233), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.03.1990 (Nds. GVBl. S. 101), der §§ 2 und 5 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes in der Fassung vom 11.02. 1992 (Nds. GVBl. S.29), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28.05.1996 (Nds. GVBl. S. 242), hat der Rat der Stadt Westerstede in seiner Sitzung am 09.12.1997 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 **Allgemeines**

- (1) Der Einsatz der Freiwilligen Feuerwehren ist gemäß § 26 Abs. 1 NBrandSchG bei Bränden, bei Notständen durch Naturereignisse und bei Hilfeleistung zur Rettung von Menschen aus akuter Lebensgefahr unentgeltlich.
- (2) Für Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Westerstede als entgeltliche Pflichtaufgabe (§ 2) wird Kostenersatz und für freiwillig auf Antrag erbrachte Leistungen (§ 3) werden Gebühren nach Maßgabe dieser Satzung erhoben.

§ 2 **Entgeltliche Pflichtaufgaben**

Die Erfüllung folgender entgeltlicher Pflichtaufgaben durch die Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Westerstede ist kostenersatzpflichtig:

- a) Leistungen bei Unglücksfällen und in sonstigen Bedarfsfällen, wenn Menschenleben nicht oder nicht mehr in Gefahr sind,
- b) die Gestellung einer Brandsicherheitswache gem. § 28 Abs. 1 NBrandSchG,
- c) Nachbarschaftshilfe gem. § 2 Abs. 2 NBrandSchG,
- d) Leistungen aufgrund vorsätzlicher oder grob fahrlässiger grundloser Alarmierungen (Fehlalarm),
- e) Leistungen bei Einsätzen in Fällen der Gefährdungshaftung (z. B. Kraftfahrzeugbrände).

§ 3 **Gebührenpflichtige freiwillige Leistungen**

Für freiwillig erbrachte Leistungen werden vom Antragsteller Gebühren erhoben. Gebührenpflichtig sind alle Hilfs- und Sachleistungen der Feuerwehr, die nicht im Zusammenhang mit den in § 2 der Satzung bezeichneten Aufgaben stehen. Diese freiwilligen Leistungen sind:

- a) Beseitigung von und Sicherstellungsleistungen bei Ölschäden und sonstigen umweltgefährdenden und gefährlichen Stoffen,
- b) Türöffnung bei Gebäuden, Wohnungen, Aufzügen etc.,
- c) zeitweise Überlassung von Fahrzeugen mit Personal, Lösch-, Rettungs-, Beleuchtungs- und sonstigen Hilfsgeräten,
- d) Einfangen von Tieren, Entfernen von Wespennestern o. ä.
- e) Auspumpen von Kellern,
- f) Mitwirkung bei Räum- und Aufräumarbeiten,
- g) Absicherung von Gebäuden und Gebäudeteilen,
- h) Gestellung von Feuerwehrkräften zu anderen als in § 2 dieser Satzung genannten Fällen.

Ein Anspruch auf Vornahme einer solchen Handlung besteht nicht.

§ 4

Kosten- und Gebührenschuldner

- (1) Kostenschuldner ist
 - a) in den Fällen nach § 2 a), d) und e) der Satzung
 1. derjenige, dessen Verhalten die Leistungen erforderlich gemacht hat; die Vorschriften des Nds. Gefahrenabwehrgesetzes über Verursachungshaftung (§6) gelten entsprechend (§ 26 Abs. 4 Nr. 1 NBrandSchG),
 2. der Eigentümer der Sache oder derjenige, der die tatsächliche Gewalt über die Sache ausübt, deren Zustand die Leistungen erforderlich gemacht hat; die Vorschriften des Nds. Gefahrenabwehrgesetzes über Zustandshaftung (§7) gelten entsprechend (§26 Abs. 4 Nr. 2 NBrandSchG),
 3. derjenige, in dessen Auftrag oder in dessen Interesse die Leistungen erbracht werden (§ 26 Abs. 4 Nr. 3 NBrandSchG),
 4. derjenige, der vorsätzlich oder grob fahrlässig grundlos den Einsatz einer Feuerwehr auslöst (§ 26 Abs. 4 Nr. 4 NBrandSchG),
 - b) in den Fällen nach § 2 b) der Satzung der Veranstalter oder der Veranlasser der Maßnahmen (§ 28 Abs. 1 NBrandSchG),
 - c) in den Fällen nach § 2 c) der Satzung die ersuchende Gemeinde (§ 2 Abs. 2 Satz 2 NBrandSchG).
- (2) Gebührenschuldner ist derjenige, der eine Leistung nach § 3 dieser Satzung in Anspruch nimmt.
- (3) Personen, die nebeneinander denselben Kostenersatz oder dieselbe Gebühr schulden, sind Gesamtschuldner.

§ 5

Grundsätze der Kostenersatz- und Gebührenberechnung

- (1) Kostenersatz und Gebühren werden nach Maßgabe des als Anlage beigefügten Kosten- und Gebührentarifs erhoben. Die Anlage ist Bestandteil dieser Satzung.
- (2) Grundlage der Kostenersatz- und Gebührenberechnung bildet, sofern nicht im Kosten- oder Gebührentarif für bestimmte Leistungen ein fester Betrag oder eine Abrechnung nach tatsächlichem Materialverbrauch vorgesehen ist, die Zahl, Anzahl und Zeit der Inanspruchnahme von Feuerwehrkräften, Fahrzeugen, Geräten und Ausrüstung. Den Stundensätzen für den Personaleinsatz werden die für die Vorhaltung ermittelten durchschnittlichen Personal- und Sachkosten (Grundkosten zuzüglich der tatsächlich zu erstattenden Verdienstaufschläge) zugrunde gelegt. Den Nutzungskostenansätzen für Fahrzeuge, Geräte und Ausrüstung werden alle nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ansatzfähigen Kosten zugrunde gelegt.

Der Kostenersatz / die Gebühr wird bei offensichtlich unnötig hohem Einsatz an Personal, Fahrzeugen und Geräten auf der Grundlage der für die Leistungserbringung erforderlichen Einsatzkosten berechnet.

Bei der Berechnung nach Halbstundensätzen wird jede angefangene halbe Stunde als volle Halbstunde gerechnet, wenn von ihr mehr als 5 Minuten verstrichen sind.

§ 6

Entstehen der Kostenerstattungs- und Gebührenpflicht

Die Kostenerstattungs- und Gebührenpflicht entsteht mit dem Ausrücken der Feuerwehr aus dem Feuerwehrhaus bzw. mit der Überlassung der Geräte und Verbrauchsmaterialien. Dies gilt auch dann, wenn nach dem Ausrücken von Feuerwehrkräften der Zahlungspflichtige auf die Leistung verzichtet oder sonstige Umstände die Leistung unmöglich machen, soweit die Unmöglichkeit nicht von Angehörigen der Feuerwehr zu vertreten ist.

Die Kostenerstattungs- und Gebührenpflicht endet mit dem Einrücken der Feuerwehr in das Feuerwehrhaus bzw. mit der Rückgabe der Geräte, damit entsteht die Gebührenschuld.

Abschläge auf die endgültig zu erwartende Gebührenschuld können im Einzelfall vor der Leistung nach Satz 1 gefordert werden. Die Höhe der Abschläge bemißt sich nach der im Einzelfall in Anspruch zu nehmenden Leistung, hilfsweise nach der Inanspruchnahme in vergleichbaren Fällen.

§ 7

Veranlagung, Fälligkeit und Beitreibung

- (1) Der Kostenersatz bzw. die Gebühr wird durch schriftlichen Bescheid festgesetzt und ist innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe fällig, wenn nicht die Behörde einen späteren Zeitpunkt bestimmt.
- (2) Der Kostenersatz und die Gebühr werden im Verwaltungszwangsverfahren nach dem Niedersächsischen Verwaltungsvollstreckungsgesetz vollstreckt.

§ 8

Unbillige Härte

Auf die Erhebung von Gebühren bzw. Kostenersatz kann verzichtet werden, wenn das Verlangen eine unbillige Härte darstellt. Hierbei sind die persönlichen und wirtschaftlichen Umstände des Kostenpflichtigen, die Umstände, die zu einem Einsatz geführt haben und das öffentliche Interesse am Einsatz der Feuerwehr zu berücksichtigen.

§ 9

Haftung

Die Stadt Westerstede haftet nicht für Personen- und Sachschäden, die durch die Benutzung von zeitweise überlassenen Fahrzeugen oder Geräten entstehen, wenn und soweit die Angehörigen der Feuerwehr diese nicht selbst bedienen.

§ 10

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im amtlichen Teil der Beilage „Der Ammerländer“ der Nordwest-Zeitung in Kraft. Mit dem gleichen Tage tritt die Satzung der Stadt Westerstede über die Erhebung von Kostenersatz für Dienst- und Sachleistungen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Westerstede außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben vom 25.02.1985 außer Kraft.

Westerstede, den 09.12.1997

Stadt Westerstede

Heino Hinrichs
Bürgermeister

Gerd Tapken
Stadtdirektor

Kosten- und Gebührentarif

gemäß § 5 der Satzung über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der Feuerwehr außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben vom 9. 12. 1997

Kosten u.. Gebüh- renziffer	Kosten- und Gebührentatbestand	Bemessungsgrundlage	Betrag
1.	Personaleinsatz		
1.1.	Grundbetrag/ Grundgebühr	pro halbe Stunde	10,00 €
1.2.	Zusatzbetrag/Zusatzgebühr		tatsächlicher Verdienstaussfall
1.3.	Sicherheitswachen	je Mann und Stunde	10,00 €
2.	Einsatz von Fahrzeugen (ohne Personal)		
2.1	je Löschfahrzeug (LF), Tanklöschfahrzeug (TLF) Rüstwagen (RW), Gerätewagen (GW), Tragkraftspritzenfahrzeug (TSF), Einsatzleitwagen (ELW)	je Betriebshalbstunde	25,00 €
2.2.	zuzüglich je km Wegstrecke		0,80 €
2.3.	Bereitstellung eines Fahrzeuges für Sicherheitswachen	je Tag und Veranstaltung	30,00 €
3.	Einsatz (Gestellung und Überlassung) von feuerwehrtechnischen Geräten und Ausrüstung (ohne Personal)		
3.1.	Notstromaggregat	pro halbe Betriebsstunde	10,00 €
3.2.	Tragkraftspritze	pro halbe Betriebsstunde	10,00 €
3.3.	Motorsäge	pro halbe Betriebsstunde	5,00 €
3.4.	Beleuchtungsgerät	pro halbe Betriebsstunde	3,00 €
3.5.	Unfallrettungsgerät (Schere, Spreizer, Hebekissen), Hochleistungslüfter	pro halbe Betriebsstunde	10,00 €
3.6	Tauchpumpe	je Tag	10,00 €
3.7.	Saugschlauch A	je Stück und Tag	3,00 €
3.8.	Druckschlauch B,C,D	je Stück und Tag	3,00 €
4.	Materialverbrauch		
	Materialien wie z. B. Kohlensäure, Sauerstoff, Pressluft, Ölbindemittel, Löschpulver und Löschschaum werden nach dem Verbrauch zu Tagespreisen zuzüglich. einer Verwaltungspauschale von 10 % berechnet.		
5.	Fehlalarm	- tatsächliche Abwesenheit des eingesetzten Personals nach Ziffer 1 - Einsatz Fahrzeugkosten pro Kilometer nach Ziffer 2	

Der Rat der Stadt Westerstede hat in seiner Sitzung vom 26. Juni 2001 die vorliegende Änderung des Kosten- und Gebührentarifs gemäß § 5 der Satzung über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der Feuerwehr außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben vom 09.12.1997 mit Wirkung vom 01.01.2002 beschlossen.

Westerstede, 05. Juli 2001

Gerd Tapken

Stadtdirektor